

Gesetz-Sammlung
für die
Königlichen Preußischen Staaten.

Nr. 4.

(Nr. 7782.) Gesetz, betreffend den Umlauf der auf Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1867. ausgegebenen Darlehnskassenscheine. Vom 1. Februar 1871.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u.
verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie,
was folgt:

Die Frist, nach deren Ablauf in Gemäßheit des §. 9. des Gesetzes vom 23. Dezember 1867., betreffend die Abhülfe des in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen herrschenden Notstandes (Gesetz-Sammel. S. 1929.), die auf Grund desselben ausgegebenen Darlehnskassenscheine aus dem Umlauf Beufs der Vernichtung zurückzuziehen sind, wird bis zum 31. Dezember 1873. verlängert.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Hauptquartier Versailles, den 1. Februar 1871.

(L. S.) Wilhelm.

Gr. v. Ikenplis. v. Mühler. v. Selchow. Gr. zu Eulenburg.
Leonhardt. Camphausen.

(Nr. 7783.) Gesetz, betreffend die landschaftlichen Brandkassen in der Provinz Hannover.
Vom 6. Februar 1871.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c.
verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie,
was folgt:

Einziger Paragraph.

Die für einzelne Theile der Provinz Hannover bestehenden, in der Form
von Provinzialgesetzen publizirten Vorschriften, durch welche die Verhältnisse der
landschaftlichen Feuerversicherungs-Anstalten geordnet sind, können, insoweit sie
sich auf die Organisation jener Anstalten, deren Verwaltungsgrundsätze und die
Formen ihres Geschäftsbetriebes beziehen, im Wege statutarischer Festsetzung durch
Beschluß der betreffenden Landschaft unter Unserer Genehmigung abgeändert
werden.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem
Königlichen Insiegel.

Gegeben Hauptquartier Versailles, den 6. Februar 1871.

(L. S.) Wilhelm.

Gr. v. Ikenpliÿ. v. Mühler. v. Selchow. Gr. zu Eulenburg.
Leonhardt. Camphausen.

1871-1872 C. A.

(Nr. 7784.) Allerhöchster Erlass vom 19. Oktober 1870., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung mehrerer Kreis-Chausseen im Kreise Marienburg, Regierungsbezirk Danzig.

Nachdem Ich durch Meinen Erlass vom heutigen Tage den Bau der Chausseen im Kreise Marienburg des Regierungsbezirks Danzig: 1) von der Eisenbahnbrücke bei Kalthof über Tralau durch Neuteich, 2) von Neuteich über Marienau bis zum Marktflecken Tiegenhof, 3) von der fiskalischen Tiege-Brücke bei Tiegenhof bis zur Kanalbrücke bei Platenhof, 4) von der Kreisgrenze zwischen Campenau und Alt-Dollstadt über Bahnhof Grunau zum Anschluß an die Staats-Chaussee von Marienburg nach Elbing, 5) von der fiskalischen Eisenbahnbrücke bei Liebau über Groß-Lichtenau bis zur Stadt Neuteich, genehmigt habe, verleihe Ich hierdurch dem Kreise Marienburg das Expropriationsrecht für die zu diesen Chausseen erforderlichen Grundstücke, imgleichen das Recht zur Entnahme der Chausseebau- und Unterhaltungs-Materialien, nach Maßgabe der für die Staats-Chausseen bestehenden Vorschriften, in Bezug auf diese Straßen. Zugleich will Ich dem Kreise Marienburg gegen Uebernahme der künftigen Unterhaltung der Straßen das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach den Bestimmungen des für die Staats-Chausseen jedesmal geltenden Chausseegeld-Tarifs, einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften, wie diese Bestimmungen auf den Staats-Chausseen von Ihnen angewandt werden, hierdurch verleihen. Auch sollen die dem Chausseegeld-Tarife vom 29. Februar 1840. angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-Vergehen auf die gedachten Straßen zur Anwendung kommen.

Der gegenwärtige Erlass ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Hauptquartier Versailles, den 19. Oktober 1870.

Wilhelm.

Gr. v. Izenpliz. Camphausen.

An den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und den Finanzminister.

(Nr. 7785.) Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Marienburger Kreises im Betrage von 400,000 Thalern. Vom 19. Oktober 1870.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u.

Nachdem von den Kreisständen des Marienburger Kreises auf den Kreistagen vom 12. März und 16. April 1870, beschlossen worden, die zur Ausführung der vom Kreise unternommenen Chausseebauten erforderlichen Geldmittel im Wege einer Anleihe zu beschaffen, wollen Wir auf den Antrag der gedachten Kreisstände: zu diesem Zwecke auf jeden Inhaber lautende, mit Zinskupons versehene, Seitens der Gläubiger unkündbare Obligationen zu dem angenommenen Betrage von 400,000 Thalern ausstellen zu dürfen, da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger noch der Schuldner etwas zu erinnern gefunden hat, in Gemäßheit des §. 2. des Gesetzes vom 17. Juni 1833, zur Ausstellung von Obligationen zum Betrage von 400,000 Thalern, in Buchstaben: Vierhundert Tausend Thalern, welche in folgenden Apoints:

90,000	Thaler à 1000 Thaler,
100,000	à 500
140,000	à 100
55,000	à 50
15,000	à 20
<hr/>	
= 400,000 Thaler,	

nach dem anliegenden Schema auszufertigen, mit Hülfe einer Kreissteuer mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen und nach der durch das Voos zu bestimmenden Folgeordnung jährlich vom Jahre 1876. ab mit wenigstens jährlich Einem Prozent des Kapitals, unter Zuwachs der Zinsen von den amortisierten Schuldverschreibungen, zu tilgen sind, durch gegenwärtiges Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung mit der rechtlichen Wirkung ertheilen, daß ein jeder Inhaber dieser Obligationen die daraus hervorgehenden Rechte, ohne die Uebertragung des Eigenthums nachweisen zu dürfen, geltend zu machen befugt ist.

Das vorstehende Privilegium, welches Wir vorbehaltlich der Rechte Dritter ertheilen und wodurch für die Befriedigung der Inhaber der Obligationen eine Gewährleistung Seitens des Staats nicht übernommen wird, ist durch die Gesetz-Sammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Hauptquartier Versailles, den 19. Oktober 1870.

(L. S.) Wilhelm.

Gr. v. Ikenplätz. Gr. zu Eulenburg. Camphausen.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Danzig.

Obligation
des
Marienburger Kreises
Littr. №
über
..... Thaler Preußisch Kurant.

Auf Grund der unterm genehmigten Kreistagsbeschlüsse vom 12. März und 16. April 1870, wegen Aufnahme einer Schuld von 400,000 Thalern bekennt sich die ständische Kommission für den Chausseebau des Marienburger Kreises Namens des Kreises durch diese, für jeden Inhaber gültige, Seitens des Gläubigers unkündbare Verschreibung zu einer Darlehnsschuld von Thalern Preußisch Kurant, welche an den Kreis baar gezahlt worden und mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen ist.

Die Rückzahlung der ganzen Schuld von 400,000 Thalern geschieht vom Jahre 1876, ab allmälig innerhalb eines Zeitraums von 36 Jahren aus einem zu diesem Behufe gebildeten Tilgungsfonds von wenigstens Einem Prozent jährlich, unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldverschreibungen, nach Maafgabe des genehmigten Tilgungsplanes.

Die Folgeordnung der Einlösung der Schuldverschreibungen wird durch das Loos bestimmt. Die Ausloofung erfolgt vom Jahre 1875, ab in dem Monate Dezember jeden Jahres. Der Kreis behält sich jedoch das Recht vor, den Tilgungsfonds durch größere Ausloosungen zu verstärken, sowie sämmtliche noch umlaufende Schuldverschreibungen zu kündigen. Die ausgelosten, sowie die gekündigten Schuldverschreibungen werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht. Diese Bekanntmachung erfolgt vier, drei, zwei und Einen Monat vor dem Zahlungstermine in dem Königlichen Staatsanzeiger, dem Amtsblatte der Königlichen Regierung zu Danzig, der Vossischen Zeitung zu Berlin, der Hartungischen Zeitung in Königsberg und dem Kreisblatte zu Marienburg.

Bis zu dem Tage, wo solchergestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen, am 2. Januar und am 1. Juli jeden Jahres, von heute an gerechnet, mit fünf Prozent jährlich in gleicher Münzsorte mit jenem verzinst.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der ausgegebenen Zinskupons, beziehungsweise dieser Schuldverschreibung, bei
(Nr. 7785.)

bei der Kreis-Chausseebaukasse zu Marienburg, und zwar auch in der nach dem Eintritt des Fälligkeitstermins folgenden Zeit.

Mit der zur Empfangnahme des Kapitals präsentirten Schuldverschreibung sind auch die dazu gehörigen Zinskupons der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliefern. Für die fehlenden Zinskupons wird der Betrag vom Kapital abgezogen.

Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren, vom Ablauf des Kalenderjahres der Fälligkeit an gerechnet, nicht erhobenen Zinsen, verjährten zu Gunsten des Kreises.

Das Aufgebot und die Amortisation verlorener oder vernichteter Schuldverschreibungen erfolgt nach Vorschrift der Allgemeinen Gerichts-Ordnung Theil I. Titel 51. §§. 120. sequ. bei dem Königlichen Kreisgerichte zu Marienburg.

Zinskupons können weder aufgeboten, noch amortisiert werden. Doch soll demjenigen, welcher den Verlust von Zinskupons vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei der Kreisverwaltung anmeldet und den stattgehabten Besitz der Zinskupons durch Vorzeigung der Schuldverschreibung oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zinskupons gegen Quittung ausgezahlt werden.

Mit dieser Schuldverschreibung sind zehn halbjährige Zinskupons bis zum Schlusse des Jahres 1872. ausgegeben. Für die weitere Zeit werden Zinskupons auf fünfjährige Perioden ausgegeben.

Die Ausgabe einer neuen Zinskupons-Serie erfolgt bei der Kreis-Chausseebaukasse zu Marienburg gegen Ablieferung des der älteren Zinskupons-Serie beigedruckten Talons. Beim Verluste des Talons erfolgt die Aushändigung der neuen Zinskupons-Serie an den Inhaber der Schuldverschreibung, sofern deren Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet der Kreis mit seinem Vermögen.

Dessen zu Urkund haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift ertheilt.

Marienburg, den ..^{ten} 18..

Die ständische Kommission für den Chausseebau im Marienburger Kreise.

N. N.

N. N.

Anmerkung. Die Unterschriften sind eigenhändig zu vollziehen.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Danzig.

Zinskupon I. Serie

zu der

Kreis - Obligation des Marienburger Kreises

Litr. №

über Thaler zu fünf Prozent Zinsen

über

..... Thaler Silbergroschen.

Der Inhaber dieses Zinskupons empfängt gegen dessen Rückgabe in der Zeit vom 2. bis 15. Januar 18.., resp. vom 1. bis 15. Juli 18.. und späterhin die Zinsen der vorbenannten Kreis - Obligation für das Halbjahr vom bis mit (in Buchstaben) Thalern Silbergroschen bei der Kreis - Chausseebaukasse zu Marienburg.

Marienburg, den ..ten 18..

Die ständische Kommission für den Chausseebau im Marienburger Kreise.

N. N.

N. N.

Dieser Zinskupon ist ungültig, wenn dessen Geldbetrag nicht innerhalb vier Jahren nach der Fälligkeit, vom Schluss des betreffenden Kalenderjahres an gerechnet, erhoben wird.

Anmerkung. Die Namensunterschriften der Mitglieder der Kommission können mit Lettern oder Faksimilestempeln gedruckt werden, doch muß jeder Zinskupon mit der eigenhändigen Namensunterschrift eines Kontrolbeamten versehen werden.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Danzig.

Talon

zur

Kreis - Obligation des Marienburger Kreises.

Der Inhaber dieses Talons empfängt gegen dessen Rückgabe zu der Obligation des Marienburger Kreises

Littr. № über Thaler à fünf Prozent Zinsen
die ...^{te} Serie Zinskupons für die fünf Jahre 18.. bis 18.. bei der Kreis-
Chausseebaukasse zu Marienburg.

Marienburg, den ...^{ten} 18..

Die ständische Kommission für den Chausseebau im Marienburger Kreise.

N. N.

N. N.

Anmerkung. Die Namensunterschriften der Mitglieder der Kommission können mit Lettern oder Faksimilestempeln gedruckt werden, doch muß jeder Talon mit der eigenhändigen Namensunterschrift eines Kontrolbeamten versehen werden.

(Nr. 7786.) Bekanntmachung, betreffend die der Rheinischen Eisenbahngesellschaft ertheilte landesherrliche Konzession zum Bau und Betriebe einer Anschlußbahn von dem Bahnhofe Ehrang der Trierer-Eisenbahn nach dem Hüttenwerke Quint. Vom 6. Februar 1871.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Konzessions-Urkunde vom 12. Januar d. J. der Rheinischen Eisenbahngesellschaft den Bau und Betrieb einer Anschlußbahn von dem Bahnhofe Ehrang der Trierer-Eisenbahn nach dem Hüttenwerke Quint unter gleichzeitiger Verleihung des Expropriationsrechts zu gestatten geruht.

Die vorgedachte Allerhöchste Urkunde wird durch das Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Trier zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

Berlin, den 6. Februar 1871.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Gr. v. Jenpliz.

Redigirt im Bureau des Staats-Ministeriums.

Berlin, gedruckt in der Königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei
(R. v. Decker).